

# Mittheilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

II. Kammer.

N<sup>o</sup> 97.

Dresden, am 7. März

1851.

Neunundneunzigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer am 1. März 1851.

## Inhalt:

Registrandenvortrag. — Entschuldigung. — Fortsetzung der Berathung des zweiten Berichts der ersten Deputation über das königl. Decret vom 19. Juli 1850, insoweit sich dasselbe auf den VII. und VIII. Abschnitt des sub A. den Ständen vorgelegten Entwurfs der revidirten Verfassungsurkunde, sowie auf den Entwurf zu einem Gesetze, die Wahl der Landtagsabgeordneten sub C. bezieht. — Besondere Berathung über §. 76 und 77 als §. 7, 8 und 9 des Zusatzgesetzes.

Die Sitzung beginnt um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr in Anwesenheit des Staatsministers v. Friesen, sowie in Gegenwart von 50 Kammermitgliedern mit Verlesung des über die gestrige Sitzung aufgenommenen Protocolls durch Secretair Scheibner.

Präsident D. Haase: Hat Jemand in Bezug auf das vorgetragene Protocoll etwas zu bemerken? Wenn das nicht der Fall ist, ersuche ich die Herren Abgg. Kleeberg und Heyn, mit mir das Protocoll zu unterzeichnen.

(Nach geschעהner Unterzeichnung.)

Ich ersuche den Herrn Secretair, uns den Eingang zur Hauptregistrande zu geben.

(Nr. 426.) Ein von der ersten Kammer anher abgegebener Gesuch des Kretschambesizers Gärtner zu Lichtenberg, die formale Begründung seiner Beschwerde wegen der vom Stadtrathe zu Zittau erteilten Pächerbewirthungsconcessionen, Nr. 411 der Registrande, betreffend.

Präsident D. Haase: Das Directorium schlägt Ihnen, meine Herren, vor, diese Petition an die vierte Deputation abzugeben. Sind Sie damit einverstanden? — Einstimmig Ja.

(Nr. 427.) Das Präsidium der ersten Kammer theilt ein an die letztere gelangtes allerhöchstes Decret vom 14. Februar d. J., die Besetzung des Staatsgerichtshofes betreffend, in Abschrift mit.

II. K. (5. Abonnement.)

Präsident D. Haase: Es wird nun zunächst Seiten unserer Kammer vom Directorium die Wahl für den Staatsgerichtshof veranstaltet worden. Ich habe den Abg. Hilbert bei der Kammer wegen Unwohlseins zu entschuldigen. Ich ersuche den Herrn Vicepräsidenten, uns den fernerweiten Vortrag über den gestern abgebrochenen Berathungsgegenstand zu gewähren.

Referent Vicepräsident v. Griegern: Wir sind stehen geblieben bei der §. 75, die abgemacht ist, und gehen also zur §. 76 des Gesetzentwurfs über auf Seite 296.

§. 76.

Stimmberechtigung.

Stimmberechtigt bei den Urwahlen zur zweiten Kammer sind alle männliche, 25 Jahr alte Staatsangehörige des Königreichs Sachsen, an dem Orte, an welchem sie ihren wesentlichen Wohnsitz haben, dafern sie

a) seit mindestens drei Jahren sich im Königreiche Sachsen wesentlich aufhalten;

b) mindestens 2 Thlr. 15 Ngr. an ordentlichen directen Staatsabgaben jährlich entrichten und

c) ihnen nicht einer der durch das Wahlgesetz bestimmten Ausschlussgründe entgegensteht.

Hierzu sagt der Deputationsbericht auf S. 580:

Zu §. 76.

In Betreff der Stimmberechtigung zu den Urwahlen für die zweite Kammer weichen die Vorschriften der neuen Vorlage von den Bestimmungen des Wahlgesetzes vom 24. September 1831 in mehrfacher Beziehung ab. Zuvörderst ist nämlich der Grundsatz aufgegeben worden, daß mit Ausnahme des §. 60 bezeichneten Falles in den Städten bisher nur Ansässige stimmberechtigt waren. Die Deputation ist mit dieser Abänderung, wie bereits oben angedeutet worden ist, einverstanden, da sie es für unumgänglich nothwendig erachtet, auch den Unangesessenen, soweit bei selbigen nach ihren sonstigen Verhältnissen ein begründetes Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten des Staates, dem sie angehören, vorausgesetzt werden darf, die Betheiligung bei den Landtagswahlen zur zweiten Kammer nicht zu versagen. Ein solches Interesse ist aber wenigstens präsumtiv bei denjenigen Ansässigen vorhanden, welche sich bereits längere Zeit wesentlich im Königreiche Sachsen aufhalten und einen nicht ganz unerheblichen Beitrag zu den Staatsabgaben zu leisten haben. Mit Recht ist daher die Stimmberechtigung von dem dreijährigen Aufenthalt in Sachsen, sowie von einem bestimmten